

Das Reichseinigungskommt.

* Die Volkskämpfe der letzten Jahre, die zum Teil dem gesamten deutschen Wirtschaftsleben schweren Schaden zugefügt haben, haben den Anstoß zu dem Gedanken an die Schaffung eines Reichseinigungskomites, dessen Aufgabe es wäre, durch Vermittlung jeden Streit zu vermeiden und denen Schiedsgericht für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu unterwerfen hätten. Beider hat dieser Gedanke nicht allzulang die Förderung erfuhr, die ihm bei seiner Initalien-Bewegung gesetzelt. In dauerhafter Weise hat sich jetzt die Gesellschaft für soziale Reformen mit dieser Frage beschäftigt und sie kostet durch

Aussklärung in weiten Kreisen
den Weg zur Gründung einer solchen Einrichtung zu ebnen. In der Ortsgruppe Berlin dieser Gesellschaft sprach Frhr. v. Belepsch (von 1890 bis 1896 preußischer Minister für Handel und Gewerbe) über die Notwendigkeit der Schaffung eines Reichseinigungskomites. Herr von Belepsch, dessen soziales Citer nicht den Widerstand seiner Freunde fand und so die Uebernahme seiner Bewegung wurde, und dessen Werken "Warum treiben wir soziale Reform?" von seinem Verständnis für die entscheidenden Fragen unter Zeitzeugnis ablegt, führt etwa folgendes aus: "Die beiden

seit schlagfertigen Heere
der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind inzwischen eine Gefahr für das gesamte Wirtschaftsleben des Reichs und für die Wohlhaber des Reiches, als Zwistigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehr häufig nicht mehr örtlich begrenzt sind. Außerdem hat aber auch die Organisation der Arbeitnehmer und Arbeitgeber dauerhaft gefordert, daß man nicht nur die Gefahr dieser großen Kämpfe für die Allgemeinheit erkenne, sondern auch auf Mittel jamm, die geeignet sind, die Arbeitskämpfe zu vermeiden, und in beiden Lagern ist man zu der Überzeugung gekommen, daß Karlsruhe das einzige Mittel find, einen zeitlich begrenzten Frieden zu schaffen.

Eingangskämter und Schiedsgerichte,
vor allem die Täglichkeit der Gewerbegechte als Eingangskamt, haben in vielen Fällen erfolgreich bei dem Zustandekommen von Tarifverträgen mitgewirkt und manchen Kampf verhindert. Dennoch ist es Ihnen, wie die letzten großen Streits der Bergleute, Bau- und Werftarbeiter bewiesen haben, nicht immer gelungen, große, in das Allgemeinwohl tief einfließende Kämpfe zu verhindern. Ihnen fehlt die Bezeichnung, kraft Gesetzes im gegebenen Zeitpunkt eingreifen zu können, wo ein Ausland droht, und die Parteien zu zwingen, vor dem Eingangskamt zu erscheinen. In weiten Kreisen macht sich daher der Wunsch nach einem Reichseinigungskomite bemerkbar. Das zu erreichende Eingangskamt soll keine Recht sprechen, sondern eine Recht schaffende sein. Sie darf die Parteien in keiner Weise in der Wahl der Mittel beschränken.

Die bestehenden Einrichtungen
sollen durch sie nicht geschwächt, noch beeinträchtigt werden. Das Reichseinigungskomite soll ein ständig bereit stehender Vermittler sein, der auch ohne Amt einzutreten in der Lage ist. Es muß daher auch stets über die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftliche Lage gut unterrichtet sein. Ihm muß das Recht werden, die Parteien laden zu können und den hierzu geeigneten Zeitpunkt nach eigenem Ermessens festzutunnen. Jungen und Sachverständige müssen von ihm herangezogen werden können. Kommt eine Eingang nicht zu stande, so kann das Amt einen Schiedsgerichtssatz, gültig für eine bestimmte Zeit, das Amt mischt aus drei Personen bestehen, die vom Reichsamt bestimmt werden. Der Amt ist einzutreten, wenn die Parteien nicht einig sind. 1907 entfielen auf den Nationalsozialisten 1266, auf den Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung 3710 und auf den Sozialdemokraten 4237 Stimmen.

* Durch die Ernennung des Oberpräsidenten v. Winterfeldt zum Landesdirektor der Provinz Brandenburg ist eine neue Reichstagssatzungswahl notwendig geworden. Herr v. Winterfeldt wurde im Oktober 1908 in der Nachwahl für seinen verstorbenen Vater Ulrich v. Winterfeldt im Wahlkreis Preußen-Lingenfelde zum Reichstagabgeordneten gewählt. 1907 entfielen auf den Nationalsozialisten 1266, auf den Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung 3710 und auf den Sozialdemokraten 4237 Stimmen.

* Das Ergebnis der Reichstagssatzung in Gießen (für den verstorbenen Reformator Höhne) ist: Werner (würtz. Bdg.) 7958, Böckmann (sos.) 7958, Körrell (ortl. Bdg.) 5050, Stiehns (nat.-lib.) 2516 Stimmen. Es ist Sichtbares zwischen Werner und Böckmann erforderlich. Im Jahre 1907 hatte der Reformator Höhne in der engsten Wahl mit 11543 über den Nationalsozialisten Heiligensee, auf den 10575 Stimmen entfielen, bei 804 Abgeordneten Wahlbeteiligung gewonnen. Diese Abgeordneten haben ungefähr 80 Prozent aller Wähler gewählt. Der Wahlausgang war außerordentlich hoch, eine wichtige Rolle spielt dabei die Bundestagswahl.

Abg. Gießelhoff (ortl. Bdg.): Wir hatten ur-

schließlich vor isolierter schweren Arbeitskämpfen zu bewahren. Das Beste ist der Feind des Guten. Ich bin einmal ein Verlust gemacht, so lebt die Praxis, wie auf den geschaffenen Grundlagen weitergebaut werden kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Das Kaiserpaar ist von Aiel aus wieder in Berlin eingetroffen. — Die Erkrankung des Prinzen Albrecht nimmt einen normalen Verlauf, im andern Hause wäre die Kaiserin ohne Zweifel in der Nähe ihres leidenden Sohnes gedieben.

Aussklärung in weiten Kreisen
In Würzburg stand am 9. d. Mis. eine große Bandesbildung für den Prinz. Regenten Quitzow holt, an der Vertreter aller Hof- und Staatsstellen, die Dilettanten der gehobenen Körperschaften, die Standesherrnen, Vertreter der Kirche, des Offizierscorps und aller großen Organisationen und Verbände des ganzen Landes teilnahmen. Ebenso lag man Vertreter aller böhmisches Hochschulen, der Gelehrten und Kunstsäle und der Presse, sowie aller andern Berufsfähigen. Tiefebewegt verlas der Prinz-Regent eine Ansprache, die mit dem Wunsche schloß, daß Deutsche und Welt allezeit treu zusammenstehen möchten.

* Die elzach-lothringische Verfassungsfrage ist ihrer Lösung ein wenig nähergebracht. Wie der Staatssekretär des Innern, Dr. Deibert, in der Kommission mitteilte, daß der Bundesrat zwar die Förderung einer Änderung der Stellung des Kaisers zu Elzach-Lothringen für unannehmbar erklärt, daß aber den Reichslanden, so lange die Stellung des Kaisers und des Stathalters unverändert bleibt, drei Stimmen im Bundesrat zugestellt. Diese Stimmen mögen nicht, wenn sie bei einer Abstimmung zugunsten Preußens den Ausschlag geben würden, oder wenn es sich um Veränderungen handelt. — Für die so veränderte Vorlage wird ohne Zweifel eine Mehrheit im Reichstag vorhanden sein.

* Die Nachricht, daß die Matrikularebeiträte (Vertreter der Einzelstaaten zu den Steueraufenthalten) für 1911 schon festgelegt seien, entspricht nicht den Tatsachen. Die dem Reichstag hierzulich vorgelegte Berechnung der Verteilung der Matrikularebeiträte für 1911 ist nur eine vorläufige. Sie bezieht sich auf den im Statutentwurf für 1911 gemachten Vorschlag der Benennung der Matrikularebeiträte. Erfährt, was in den letzten Jahren regelmäßig der Fall war, dieser Vorschlag im Laufe der Staatsberatungen des Reichstages eine Änderung, so muß selbstverständlich auch eine andere Verteilung auf die Einzelstaaten vorgenommen werden. Die endgültige Verteilung der Matrikularebeiträte für 1911 auf die Einzelstaaten kann deshalb erst später erfolgen.

* Durch die Ernennung des Oberpräsidenten v. Winterfeldt zum Landesdirektor der Provinz Brandenburg ist eine neue Reichstagssatzungswahl notwendig geworden. Herr v. Winterfeldt wurde im Oktober 1908 in der Nachwahl für seinen verstorbenen Vater Ulrich v. Winterfeldt im Wahlkreis Preußen-Lingenfelde zum Reichstagabgeordneten gewählt. 1907 entfielen auf den Nationalsozialisten 1266, auf den Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung 3710 und auf den Sozialdemokraten 4237 Stimmen.

* Das Ergebnis der Reichstagssatzung in Gießen (für den verstorbenen Reformator Höhne) ist: Werner (würtz. Bdg.) 7958, Böckmann (sos.) 7958, Körrell (ortl. Bdg.) 5050, Stiehns (nat.-lib.) 2516 Stimmen. Es ist Sichtbares zwischen Werner und Böckmann erforderlich. Im Jahre 1907 hatte der Reformator Höhne in der engsten Wahl mit 11543 über den Nationalsozialisten Heiligensee, auf den 10575 Stimmen entfielen, bei 804 Abgeordneten Wahlbeteiligung gewonnen. Diese Abgeordneten haben ungefähr 80 Prozent aller Wähler gewählt. Der Wahlausgang war außerordentlich hoch, eine wichtige Rolle spielt dabei die Bundestagswahl.

Abg. Gießelhoff (ortl. Bdg.): Wir hatten ur-

Österreich-Ungarn.

* Eine unangenehme Überraschung wurde beim österreichischen Abgeordnetenhaus zu tel. Der Finanzminister teilte nämlich mit, daß ohne neue Steuern trotz aller Sparmaßnahmen das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht hergestellt werden könnte. Außer der Reform der Tarifabschlüsse werde man auch die Biersteuer sowie die Behandlung der Südbahnlizenzen und eine Reform der Weinsteuer ins Auge fassen müssen.

Amerika.

* Mit Bezug auf die Mobilisierung von 20 000 Mann in den Ver. Staaten, die angeblich Megilo bedrohen will, verzerrt der mexikanische Vertreter in Berlin, daß die Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und Mexiko die denselben seien. Präsident Taft habe dem mexikanischen Gesandten in Washington erklärt, die Truppenanmarsch würden ohne jede feindselige Absicht unternommen.

* In London sagt man indessen, daß Tots ein baldiges Einbrechen in Mexiko für nötig hält, um Europa zu zeigen, daß die Ver. Staaten imstande sind, selbst Ordnung zu schaffen und daß ein europäisches Eingreifen unnötig und unerwünscht sei.

Aus dem Reichstage.

* Der Reichstag legte am Donnerstag die Bevollmächtigung des Hauses durch Abstimmung zu tel. Der Finanzminister teilte

mit, daß der abgelehnte Abstimmungsvorstoß unter Gedanken auf.

Abg. Gießelhoff (Benz): Die Partheilung der Unteren entgeht nicht der Wahrheit. Wir sind darauf bereit, die Abstimmung über unser Antrag vorzubereiten.

Nach längerer weiterer Gesetzabschließungsdebatte verabschiedet das Haus durch beider Abstimmung zunächst die Resolution der Budgetkommission in nominärer Abstimmung zu erledigen. Diese Resolution — Gewährung einer kontrollierbaren Zulage von 300 M. an die älteren Oberpostämterin drei Jahre nach Erlangung des Postgebührgesetzes wird mit 255 gegen 55 Stimmen angenommen.

Präsident Graf Schwerin: Damit ist die Resolution Bed-Gesetz erledigt.

Eine Resolution des Postpartei fordert, die verdeckt agierenden Parteien, die sich bei der Befreiung neuzugelten ergeben haben, aufzuklären. Eine Resolution der Sozialdemokratie verlangt Resolution des Beamtenabstimmungsgesetzes zugunsten der Unteren beizulegen.

Nach langer Debatte wird die sozialdemokratische Resolution mit 162 gegen 139 Stimmen abgelehnt.

Abg. Siegel (ortl. Bdg.): Bei den Postschaltern sollte ständig weibliches Personal verwendet werden.

Abg. Rendel (freifl. Bdg.): Der Staatssekretär überprüft auch nicht die Wünsche der Postbeamten.

Abg. Wagner (ortl. Bdg.): In Dresden hat man eine Klage über Säuberung der Telephonverbindungen.

Auf Bezugnahme des Abg. Werner (Bdg.):

Staatssekretär Krätsch: Eine Abstimmungsfasse für Postbeamten ist nicht beschlossen.

Abg. Bütemann (ortl. Bdg.): Wenn nicht eine Unterstützungsliste für Agenten geprägt wird, wird die Beamten nicht unterstützt.

Staatssekretär Krätsch: Bei Bedürftigkeit werden Belegschaften gewählt.

Ein Antrag Gießelhoff (ortl. Bdg.), der Belegschaft für die Kontrollen von Postbeamten verlangt, wird angenommen. Auch die Ortsmärkte müssen werden mit schwächer Wehrheit angenommen. Die Tarifvertragserlösung der Sozialdemokratie wird abgelehnt.

Abg. Wiedeburg (Benz) begrüßt eine Resolution auf Ausbau der Rechte der Arbeitnehmer und Telegraphenarbeiter und Handwerker, die jährlich einmal Gelegenheit haben sollen, ihre Wünsche vorzutragen.

Abg. Hormann (ortl. Bdg.): Stimmt die Resolution zu und bringt Wünsche einiger Kategorien vor.

Abg. Roske (Bdg.): Wendet sich gegen die Abstimmungen in der Resolution, wonach nur einmal jährlich die Belegschaften gebracht werden sollen.

Abg. Siegemann (nat.-lib.): Spricht für die Resolution mit der von dem sozialdemokratischen Redner geforderten Erweiterung.

Abg. Böhme (würtz. Bdg.): Der Berliner Telegraphenarbeiterverband kann sich nicht runden, wenn die Regie seinen Wünschen nicht französisch gegenüberstellt, weil er die Abstimmung nicht abgelehnt.

Staatssekretär Krätsch erklärt, daß die Arbeiter nicht schlecht behandelt werden, und daß auch er der Ansicht ist, daß die Mitglieder von Arbeitern und Dienstleistern unter ungünstigeren Entlastung geschützt sein müßten. Die Möglichkeit der Errichtung einer Pension steht für die Arbeiter gerade jetzt durch einen Verhinderungstechniker geprägt.

Abg. Roske (Bdg.): Wahre Hungerlöste werden lediglich jedesmal wenn Arbeit vorliegt mitberücksichtigt. Dies ist durchaus nicht ausreichend.

Präsident Graf Schwerin: Solche Fortschritte kann ich durchaus nicht dulden.

Die Resolution Wiedeburg wird angenommen.

Auf Anträge des Abg. Hödel (ortl. Bdg.):

Staatssekretär Krätsch, daß in Samoa, New Guinea, Angau und Papuasien keine gerichtliche werden.

Abg. Siegel (ortl. Bdg.): Säuberung des Postgebäudes kann ich durchaus nicht dulden.

Die Handhabung des Postgebäudes. Diese Gesetze werden von der Verwaltung angewandt, weil sie ihrer Ware Rechnungen im geschlossenen Kreis stellen.

Staatssekretär Krätsch: Geschlossene Briefdienste im Post nicht befürwortet werden. Wir halten unter kein Recht fest, weil ohnehin nach allen Richtungen hin veracht wird, das Postamt zu vergrößern.

Damit ist der Votestat erledigt. Die Parteien werden nach dem Antrage der Kommission behandelt.

Das Haus verläßt sich.

Ursula Drent.

1) Roman von Paul Gräbein.

(der Schriftsteller)

Ursula blieb stehen und sah Fred forschend an. "Dir ist das Gerede der Leute lästig?" Er nickte. "Und darum soll ich mich im Verkehr mit Fred zwang annehmen — wie die ganze, hormlose Freude an diesem Verkehr verderben lassen?"

Er senkte die Augen mit verlegenem Blick, erwirkte aber nichts.

"Ah, ich lohne dich, so kleinlich hätte ich dich wirklich nicht gehalten!" In neuem Unwillen machte sie sich von seinem Arme frei.

Fred rührte sich die rosigen Überzähne.

"Nein, Ursula, nicht darum." Mit finsterer Grimasse stellte sich die Worte hervor, von ganz in die Grube getrieben. "Um meiner Tochter willen! — Nun weißt du den wahren Grund!"

"Ah — du bist eifersüchtig auf Fred?" Er gab keine Antwort, da brach sie in ein helles Lachen aus.

"Ich du großes, großes Dummchen! Warum haft du dich also heut und oft aus Zuge so angezettelt? Als du — das ist ja zu komisch!" Und sie schüttete ihn, ausgelassen vor sich hinlachend, bei den Schultern.

Aber ihre Hinterheit ließ sie nicht an, sie wiegte ihn im Gegenstoss. Das also war das Schicksal, das all seine schmerlichen Empfindungen, seine ersten Verstellungen bei ihr wachgerufen hatten. Weil sie in ihrer Unerschwerlichkeit und Leidenschaft die drohende Gefahr nicht sah,

suchte sie ihn aus wie eine lösliche Person. Das Blut stieg ihm heiß in die Schläfe.

„Mir ist die Sache nicht weniger als leichtlich.“ Scharf flängte seine verweisenden Worte. „Aber nun genug! Da alle Vorstellungen bei dir nichts fruchten, da du mich nicht verstehen kannst oder willst — so mag die mein ausdrucksstärkste Wunsch genügen. Ich will nicht mehr, daß du mit Fred Drent allein bleibst! Ich möchte auch nicht, daß du heute mit einem anderen Mann zusammenbleibst.“

„Wie?“ Seine herrlichen Worte ließen ihre Stimmung im Augenblick umklangen. Nicht nur sie vor ihr, mit sprühenden Blicken:

„Verlobten willst du mir — ?“

„Ich wünsche es nicht,“ beharrte er leise.

„Postlouverture!“ Verdächtlich warf sie ihm das Wort hin. „Gleichviel — ich will dir zeigen, daß ich nicht deine Schwester bin.“ Und schon wandte sie sich heftig von ihm ab.

„Ursula!“ Hohls erschrocken, bald düstern scholl es ihr gekröpft nach, aber verzweifelt: Sie entzweigte sich.

Einige Augenblicke blieb Wanda allein zurück, ganz gelöst von einem Gefühl tiefer Schmerzes und bitterer Krankheit. Wie konnte sie ihm das antun; ihm, der es doch so gut gemeint, der nur schwere Kämpfe ihr wie ihm hätte ersparen wollen?

Dann aber wie die weiche Regung aufwollend kam: Sie verabscheute ihn, sie mißachte seine Wünsche. — ja sie tat in offenkundigem Verzug das Gegenteil! Sie wollte ihre Freiheit mit ihm teilen — um, sie sollte ihn kennengelernt lernen. Nun mußte jede Mülligkeit auf-

heben, sein Mannestolz stand auf dem Spiele — nun wollte er ihr zeigen, daß er sich nicht ungefährdet herabsetzen ließ. Jetzt hielt es ihr nur noch: Biegen oder Brechen!

Schneller, fester Schritt, mit einer siedrigen Kampferegung in allen Nerven, eines Wiegens in den Tanzschritten. Er spulte ungestüm, mit grimmliger Gewaltung in das Gewühl — rastig, daß klang in Freds Arm, losend, strohend, und er blieb mit seinem verschwundenen Triumphatorenschleier auf. Sie herab, während er sie mit eleganter Sicherheit im Walzerhalt wiegen ließ, durch die Wogen der Tänzer steuerte.

Wiegand war auf diesen Anblick gefaßt gew